

KiBiz nur eine Mogelpackung für Eltern

Südkreis. (mes) "Geht nicht" - so auch die knappe aber Aussagekräftige Bilanz der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im EN Kreis zum geplanten neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der NRW-Landesregierung. Ihren Ummut wollen die Träger und Beschäftigten der Kindertagesstätten mit betroffenen Familien bei einer Großdemo am 15. September in Düsseldorf verdeutlichen.

Mit der angedachten Möglichkeit, den KiTa-Platz für 25, 35 oder 45 Wochenstunden zu buchen, mag das Entwurfspapier aus dem Bildungsministerium aus Elternsicht zunächst als guter Vorstoß im Sinne größerer Bedarfsflexibilität erscheinen, so Jochen Winter beim Pressegespräch im AWO-KiTa-Familienzentrum am Schwelmer Zamenhofweg: "In der Praxis ist das aber vor Ort nicht umsetzbar."

Der Geschäftsführer der AWO-EN stand mit seiner Meinung nicht alleine da, plichteten ihm doch auch die Anwesenden, Mechthild Weickenmeier (Kreisgeschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband), Superintendent Manfred Berger sowie Friedhelm Jansen (Caritas Kreisdekanat) und Zamenhof-Leiterin Ramona Coswig zu.

Das Bedarfsmodell lasse eine Planungssicherheit bei den Trägern in Sachen Personal und Öffnungszeiten nicht zu, "denn wir wissen ja nicht, für welches Stundenmodell sich wieviele Eltern eventuell im nächsten Jahr entscheiden", so Mechthild Weickenmeier. Diesbezüglich größter Knackpunkt beim Vorstoß von Bildungsminister Laschet sei die Absicht, "statt der bisherigen Gruppenpauschale dann die Zuweisungen nur noch als Pro-Kopf-Pauschale zu zahlen, womit das Risiko beim Träger liegt", kritisiert Jochen Winter. "Wir müssten dann neben den Betreuungsverträgen mit den Eltern auch jedes Jahr neue Verträge mit den Mitarbeitern abschließen, je nachdem wieviele Kinder für welche Stundenzahl angemeldet werden." Der AWO-Mann sieht zudem mit den Pro-Kopf-Zuweisungen die Gefahr, dass - um eine Unterfinanzierung möglichst zu vermeiden - aus wirtschaftlichen Gründen die Gruppen mit möglichst vielen Kindern vollgestopft würden. "Und das geht natürlich zu Lasten des pädagogischen Auftrages."

Dass die in Hochglanzbroschüren propagierte Flexibilität für die Eltern zudem eine Mogelpackung des Ministeriums sei, erläutert Friedhelm Jansen: "Der Gesetzesentwurf gibt den KiTa-Leitern nämlich bei den Betreuungsverträgen vor, ein bestimmtes Plansoll einzuhalten", so der Caritasdirektor.

In der Praxis nicht umsetzbar

"Wonach nur 50 Prozent der Kinder einen 35 Stundenvertrag, weitere 25 Prozent eine 45-stündige Betreuung und das restliche Viertel nur über 25-Stunden abschließen soll", erklärt Jansen weiter.

Neben der Unvereinbarkeit der theoretischen Entwürfe aus dem Ministerium ("die das klare Primärziel haben, Kosten einzusparen") mit der Umsetzbarkeit in der pädagogischen Betreuungspraxis, stört die Wohlfahrtsverbände besonders, dass das Vorgehen des Ministeriums die bisherige Vertrauensbasis im Miteinander zerstöre.

Mechthild Weickenmeier: "Zuerst lässt Herr Laschet ein 130 000 Euro-Gutachten erstellen, auf dessen Grundlage mit uns Trägern dann ein Konsenspapier mit groben Eckpunkten inklusive Gruppenpauschale für die weiteren Verhandlungen vorbesprochen wurde", so die Diplom Sozialarbeiterin: "Was dann plötzlich alles im Papierkorb verschwindet - und uns inhaltlich ein völlig davon abweichender Gesetzesentwurf vorgelegt wird."

Mit der Großdemonstration am nächsten Samstag vor dem Landtag (siehe Infobox) wolle man nun verdeutlichen, "dass wir mit dem KiBiz-Gesetzesentwurf nicht einverstanden sind", so Jochen Winter. Der hinsichtlich der Erfolgchancen meint: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Landesregierung ein Gesetz verabschiedet, wo 80 Prozent der KiTa-Träger dagegen sind".

05.09.2007